

„Ohne Menschen geht es nicht“

Künstliche Intelligenz. Eine Schulklasse geht der Frage nach: Muss KI uns Angst machen oder bringt sie neben Herausforderungen auch neue Chancen?

VON DER KLASSE 3PK DER VBS
MÖDLING

KI, die künstliche Intelligenz, entwickelt sich immer weiter und kann immer komplexere Aufgaben übernehmen. Mittlerweile wird sie bereits für Assistenzsysteme, bei Fehleranalysen in der Industrie und zum Erkennen von Tumoren eingesetzt. Es scheint also nicht unbegründet zu sein, wenn Angst um den Bestand von Arbeitsplätzen um sich greift. Aber kann KI uns, den Menschen, einfach ersetzen? „Ich glaube, wo wir den Menschen wollen – wo wir ihn verlangen –, wird es ihn auch weiterhin geben“, erklärt Dr. Valeska Grond-Szucsich, Leiterin Verbraucherschutz beim Verband österreichischer Banken und Bankiers. Und sie fügt hinzu: Dass wir uns auch für die Zukunft Menschen statt Maschinen wünschen, sei menschlich und gelte vor allem für den sozialen Bereich und dort, wo Unternehmen wie etwa Banken und Versicherungen Menschen beraten und diese in Folge dann wichtige Entscheidungen aufgrund dieser Beratung treffen.

Auf Veränderung vorbereiten

Unumstritten ist, dass künstliche Intelligenz den Arbeitsmarkt stark beeinflussen und verändern wird. KI automatisiert die Lösung vieler Aufgaben, die bisher von Menschen erledigt werden. Das kann in einigen Branchen zu Veränderungen und einem Wandel der Anforderungen und Qualifikationen führen und das erfordert große Investitionen in die Weiterbildung des Personals. Unternehmen müssen also nicht nur in Technologie, sondern auch in ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter investieren. Nur dann kann KI optimal genutzt werden. Der Einfluss von KI auf den Arbeits-



Künstliche Intelligenz wird die Arbeitswelt nachhaltig verändern – mit Herausforderungen, aber auch mit neuen Chancen. [3PK der VBS Mödling]

markt ist also komplex. Während eine Studie der OECD zeigt, dass KI derzeit eher zu einer Umorganisation von Tätigkeiten als zum tatsächlichen Verlust von Arbeitsplätzen führt, sagt Goldman Sachs, ein weltweit in Investmentbanking und Wertpapierhandel tätiges Unternehmen, voraus, dass in den kommenden Jahren Hunderte Millionen Arbeitsplätze verloren gehen können. Gleichzeitig ergeben sich jedoch viele neue Möglichkeiten, insbesondere für Fachkräfte in Datenanalyse und KI-Entwicklung. Neben technischen Kompetenzen

bleiben kreative Denkweise, Belastbarkeit und Flexibilität gefragt und entscheidend. Obwohl der Einfluss von KI auf Bestand und Entwicklung von Arbeitsplätzen noch begrenzt ist, sind Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wie Unternehmen also gut beraten, wenn sie sich auf Veränderungen vorbereiten.

Der richtige Einsatz von KI in Unternehmen kann zu Produktivitätssteigerung führen. KI lässt sich beispielsweise für das Ressourcenmanagement und die Risikobewertung einsetzen. Ein großer Vorteil der Technologie liegt darin, dass sie

eine enorme Datenmenge innerhalb kürzester Zeit verarbeiten und, darauf basierend, Entscheidungen vorbereiten und treffen kann. Diese automatisierte Entscheidungsfindung eignet sich für viele Bereiche, etwa für den Rekrutierungsprozess oder die Kreditbewertung. Zudem kann KI helfen, Marktbedingungen zu beurteilen und Produkte sowie Dienstleistungen besser auf die Kundschaft abzustimmen – wobei allerdings zu beachten ist, dass jeweils die Privatsphäre gewahrt und Diskriminierung vermieden wird.

Daten genau prüfen

Aus diesem Grund ist genau darauf zu achten, welche Daten der KI zur Verfügung gestellt werden. Transparenz und Fairness im Entscheidungsprozess müssen gewährleistet sein. Die Nutzung von KI in Unternehmen erfordert die Berücksichtigung wichtiger rechtlicher Aspekte.

An erster Stelle steht die Einhaltung der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO), die den Schutz personenbezogener Daten regelt. Zusätzlich tritt schrittweise der AI Act der EU in Kraft, der Unternehmen verpflichtet, KI-Systeme zu kategorisieren: Je höher das Risiko eingestuft wird, das mit dem Einsatz eines KI-Systems verbunden ist, umso strenger sind die Anforderungen. Außerdem muss sichergestellt werden, dass alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die mit KI-Systemen arbeiten, über die erforderlichen Kompetenzen verfügen.

Fazit: Künstliche Intelligenz wird die Arbeitswelt nachhaltig verändern. Sie bringt Herausforderungen, aber auch neue Chancen mit sich. Verantwortungsvoller Umgang mit KI kann wirtschaftlichen Fortschritt bewirken und die Arbeitswelt positiv beeinflussen. Die Schwierigkeit liegt darin, die

Möglichkeiten der KI so zu nutzen, dass sie für alle von Vorteil ist. Denn in einem ist man sich einig, wie Valeska Grond-Szucsich bekräftigt: „Ohne Menschen geht es nicht.“

AUF EINEN BLICK

Am Projekt „Jugend – Zeitung – Wirtschaft“ der „Presse“ teilnehmen teil:

BHAK und BHAS Wien 10; BHAK/BHAS Hollabrunn (drei Klassen); HAK/HAS Krems (zwei Klassen); Vienna Business School Schönborngasse (zwei Klassen); HTBLA Wels (zwei Klassen); BHAK und BHAS Wien 22; Vienna Business School Augarten (drei Klassen); Vienna Business School Mödling; Handelsakademie Landeck; BHAK/BHAS Linz; BEBRUCK, Bruck an der Leitha; Schulzentrum Gmünd; Vienna Business School Akademiestraße; BHAK Oberndorf (zwei Klassen); BHAK und BHAS Feldkirch; BHAK/BHAS Zwettl; HAK Gmunden; HLF Krems Tourismusschulen (drei Klassen); Vienna Business School Hamerlingplatz

Projektpartner:

Akademie der Steuerberater:innen und Wirtschaftsprüfer:innen GmbH
Pharmig – Verband der pharmazeutischen Industrie Österreichs
Romedius Management GmbH
Verband österreichischer Banken und Bankiers
Verbund AG
Wiener Städtische Versicherung
Pädagogische Betreuung:
IZOP-Institut zur Objektivierung von Lern- und Prüfungsverfahren, Aachen
Ansprechpartner:
Titus Horstschäfer

Engpässe in der Apotheke

Pharmig. Ein Bündel an Maßnahmen und eine europaweite Strategie sollen eine stabile Medikamentenversorgung sichern.

VON DER KLASSE 3CK1,
BUNDESHANDELSAKADEMIE KREMS

Wenn ein Lieferant ausfällt, kann dies bereits zu großen Problemen führen“, sagt Dr. Barbara Bos, Head of Legal Affairs & Compliance bei Pharmig, dem Verband der pharmazeutischen Industrie Österreichs. Sie hält deshalb eine europaweite Strategie für dringend geboten. Als Beispiel nennt sie den Covid-19-Impfstoff, der aus 280 Komponenten von 86 Lieferanten in 19 verschiedenen Ländern besteht.

Die Diskussion über die Arzneimittelversorgung und die wirtschaftlichen Herausforderungen der Branche betrifft zahlreiche Problemfelder, die sich auf die gesamte Lieferkette – von der Produktion über den Großhandel bis hin zu den Apotheken – auswirken. Ein zentrales wirtschaftliches Problem ist dabei die schwindende Marge zwischen Einkaufs- und Verkaufspreis.

Pharmazeutische Unternehmer und Großhändler, Apotheken und Logistikunternehmen sind stark davon abhängig, dass diese Differenz ausreichend hoch ist, damit sie ihre Kosten decken und wirtschaftlich arbeiten können. In den vergangenen Jahren hat sich, so berichtet Pharmig, dieser Spielraum jedoch stetig verringert, was viele Unternehmen zunehmend unter Druck setzt. Besonders in kleineren

Märkten wie Österreich, wo das Volumen des Gesamtmarktes deutlich geringer ist als beispielsweise in Deutschland, seien diese wirtschaftlichen Herausforderungen besonders spürbar. Während größere Länder aufgrund ihres umfangreicheren Marktes eher in der Lage sind, rentabel zu wirtschaften, stellt die Situation für kleinere Länder eine enorme Belastung dar.

Europas Abhängigkeit

Ein wesentlicher Aspekt der Problematik ist die Abhängigkeit Europas von ausländischen, insbesondere asiatischen, Wirkstoffproduzenten. Viele Medikamente oder deren Wirkstoffe werden außerhalb Europas hergestellt, was die Versorgungssicherheit gefährdet. Produktionsverlagerungen nach Asien fanden in der Vergangenheit vor allem aus wirtschaftlichen Gründen statt. Niedrigere Lohnkosten, geringere Umweltauflagen und staatliche Subventionen machten die Herstellung in China und Indien besonders attraktiv.

Nun zeigt sich jedoch, dass diese Abhängigkeit zu Lieferengpässen führen kann, wenn Produktionsstätten ausfallen oder Exportbeschränkungen erlassen werden. Um dem entgegenzuwirken, hat die Europäische Kommission eine neue Verordnung vorgeschlagen, die die Versorgungssicherheit stärken, Engpässe vermeiden und die Pro-

duktion von Arzneimitteln wieder nach Europa zurückholen soll. Dies soll unter anderem durch gezielte Förderung, administrative Erleichterungen und finanzielle Anreize geschehen. Genauso wichtig, wie die Produktion zurückzuholen, ist es, bestehende Produktionskapazitäten innerhalb Europas und speziell in Ländern wie Österreich zu erhalten und auszubauen. Dazu braucht es attraktive Rahmenbedingungen, die den Unternehmen einen Anreiz bieten, ihre Produktionsstätten nicht weiter ins Ausland zu verlagern.

Lagerbestand sichern

Ein weiteres Problem sind die immer häufiger auftretenden Lieferengpässe, die nicht nur Österreich, sondern ganz Europa betreffen. Die Medikamentenversorgung ist ein hoch reguliertes Feld, was bedeutet, dass Änderungen auf gesetzlicher Ebene oft lang dauern. In der Zwischenzeit haben viele Länder eigenständige nationale Maßnahmen ergriffen, etwa durch die Einführung von Bevorratungspflichten für Arzneimittel.

In Österreich gibt es bereits eine gesetzliche Verpflichtung für pharmazeutische Unternehmen, eine ausreichende Lagerhaltung sicherzustellen. Mit der neuen Bevorratungsverordnung, die im April in Kraft tritt, werden diese Regeln noch strenger. Pharmaunterneh-

men müssen bestimmte Medikamente für mindestens vier Monate auf Lager halten und regelmäßig Meldungen über ihre Bestände machen. Falls sie auf ihre Vorräte zugreifen, muss dies ebenfalls gemeldet werden. Bei Verstößen drohen Verwaltungsstrafen.

Während solche Maßnahmen dazu beitragen können, kurzfristige Engpässe abzufedern, wird die langfristige Lösung eher in einer besseren europäischen Koordination liegen. Denn wenn jedes Land seine eigenen Lagerbestände horten, entsteht ein Wettbewerb um begrenzte Ressourcen, der einzelne Länder benachteiligen könnte. Die EU-Verordnung setzt daher auf eine europaweite Strategie anstelle isolierter nationaler Maßnahmen.

Neben den wirtschaftlichen und regulatorischen Aspekten spielen auch technologische Lösungen eine Rolle bei der Verbesserung der Versorgungssicherheit. Ein öffentlich zugängliches Register, in dem Unternehmen Engpässe melden müssen, gibt Apotheken und Ärzten die Möglichkeit, frühzeitig auf Versorgungsprobleme zu reagieren. Ergänzend dazu gibt es eine App, die Apotheken untereinander vernetzt und den Austausch von Medikamenten erleichtert. Eine zusätzliche Maßnahme wäre die Integration dieser Informationen direkt in die Arzt-Software. So könnten Ärzte bereits beim Verschreiben eines

Medikaments sehen, ob es verfügbar ist, und gegebenenfalls auf eine Alternative ausweichen. Das würde nicht nur die Arbeitsabläufe effizienter gestalten, sondern auch Patienten unnötige, frustrierende Wege ersparen.

Langfristig – so die Perspektive von Pharmig – muss die Medikamentenversorgung durch eine Kombination von wirtschaftlichen, regulatorischen und technologischen Maßnahmen stabilisiert werden. Es ist entscheidend, dass durch genügend Anbieter das Risiko eines Engpasses minimiert wird. Dies kann durch eine gezielte Förderung der heimischen und europäischen Pharmaindustrie geschehen, beispielsweise durch finanzielle Unterstützung, Abbau von Bürokratie und attraktive Rahmenbedingungen für Unternehmen. Auch die Ausbildung von Fachkräften und deren Anwerbung aus dem Ausland könnten dazu beitragen, Produktionskapazitäten aufrechtzuerhalten und weiter auszubauen.

INFORMATION

Die Seite „Jugend – Zeitung – Wirtschaft“ beruht auf einer Medienkooperation der „Presse“ mit dem IZOP-Institut. Finanziert wird sie von sechs Sponsoren.